

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

14 (5.4.1950)



den augenblicklich in Deutschland geltenden Weizenpreis zu halten. Man wird aber wohl doch sehr behutsam mit der Preissteigerung für Brot vorgehen müssen, zumal sich in die Bundesregierung stark gemacht hat, die Lebensmittelpreise nicht zu erhöhen. Die deutsche Bevölkerung hat sich an das weiße Brot wohl so stark gewöhnt, daß der Hinweis, das Roggenbrot werde nicht teurer und viel gesünder als das Weizenbrot, kaum hilft.

**Unfrei**

Damit kommen wir noch einmal wieder auf das "bedingte Preisstabilitätsgesetz" zurück. Bundeswirtschaftsminister Grottel wurde nach einem Vortrag von Präsidenten nach dem Grunde gefragt, warum das Benzin nicht freigegeben würde. Er erklärte, daß die Möglichkeit dazu ohne weitere Nachteile aber es wäre wohl klar, daß solange in England das Benzin noch rationiert sei, wir kaum daran denken können, die Freigabe für Deutschland zu erreichen. Es bedürfte eines weiteren Möglichkeiten, den Import von Treibstoffen zu steigern, es lägen Angebote genug vor, zumal wir Gebieten mit weicher Währung. Man ist uns eben die freie Wirtschaft nicht, auch wenn wir selbst dafür die Verantwortung übernehmen und sich wohl wie die Freiwirtschaft bewegen. Es ist betriebl. ein Wunder, daß man nicht schon im Mai die freie Markt, nämlich die Zuckerkarte, fällt, nach der schon lange kein Einzelhändler mehr gefragt hat. Was sagen man die Engländer dazu?

Auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der deutschen Industrie ist zum erstmaligen Van seitens der Industrie zur freien Marktwirtschaft Stellung genommen worden. Der Präsident des Verbandes, Fritz Berg, erklärte, die deutsche Industrie sei weitgehend mit der Wirtschaftspolitik Prof. Ehardts einverstanden. Er vertritt die Ansicht, daß nur eine freie Marktwirtschaft weitere Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewährleisten. Es war zum erstenmal, daß ein so bedeutend führender Mann sich für die freie Wirtschaft in Deutschland ausgesprochen hat. Die Mitglieder der Industrie sind sich einig, daß die freie Wirtschaft die Lösung der Arbeitslosigkeit ist. Die Mitglieder der Industrie sind sich einig, daß die freie Wirtschaft die Lösung der Arbeitslosigkeit ist.

**Rechtsstaat oder nicht?**

Eine außerordentliche Entscheidung für die Wirtschaft, worauf Fritz Berg auch hinwies, ist das Fehlen einer endgültigen Festlegung über die Höhe der Belastung aus dem Lastenausgleich. Damit kommen wir auf ein sehr ernstes Problem, das der Bundesverkehrsminister in die Worte gekleidet hat: "Wir wollen doch wieder ein Rechtsstaat sein, aber wir nicht in der Lage, das Recht auszuüben." In diesem Zusammenhang geht es um die Höhe der Bundessteuererhöhung Anfang dieser Woche, die Bundesregierung zu reduzieren. Man darf in Deutschland nicht so schwer machen, bald wieder ein Rechtsstaat zu werden. Es ist natürlich hart, wenn ein Minister zugeben muß, daß der Wiederaufbau der Betriebe wichtiger gewesen sei, als genau der Steuerpflicht nachzukommen. Die Hauptursache sei gewesen, die Betriebe wieder produktiv zu machen und das sei allerdings manchmal jedes Mittel recht gewesen. Das klingt schon beinahe wie einseitig der Dank an den schwarzen Markt, der viel zur Erhebung der deutschen Wirtschaft beigetragen habe.

Es sind eben immer wieder die Beschränkungen, die nötig sind, die uns aber hindern, wirklich frei aufzubauen. Wir können mehr exportieren, aber man gibt dem deutschen Kaufmann praktisch nicht einmal die Freiheit der Reise zu seinen Absatzgebieten. Um so erstaunlicher sind die Erfolge auf dem Gebiete des Exports.

**Watenstedt**

Und trotz Demontage ist es erstaunlich, mit welchem Eifer Betriebe jetzt daran gegangen sind, im Gebiete von Watenstedt-Saargitzler wieder Industrien aufzubauen. Siemens, Rheinmetall-Borsig, Firmen aus dem Braunschweiger Raum und nicht zuletzt die im Besitz des französischen Staates befindlichen Renault-Werke interessieren sich für die Hallen der ehemaligen Reichswerke, immer deutlicher wird heute von deutscher Seite herausgestellt, daß die Reichswerke in Watenstedt nicht als Rüstungswerk besichtigt werden können. Schon 1939 bestanden P.K.E. dort ein großes Hochaufwerk zu bauen. Die Vereinigten Stahlwerke hatten sich schon lange vor dem Dritten Reich den Besitz der Gruben im Saargitzler-Gebiet gesichert, und es wäre auch ohne das Hitler-Regime dort ein Werk gebaut worden. Wir erwähnen vor einiger Zeit schon an dieser Stelle, daß der Amerikaner Brasserie die Werke gebaut hat und ergänzen heute, daß er vor der Übernahme dieses Auftrages von der englischen Regierung und von Herrn Chamberlain persönlich die Bestätigung erhielt, daß keine Bedenken vorliegen, dieses Werk aufzubauen. Der britische Vertreter für Stahlgruben im Saargebiet hat heute bei dem französischen Botschafter Brasserie beim Aufbau der Reichswerke ausdrücklich mitgeteilt, so daß die eigentliche Voraussetzung für die deutsche Auffassung heute das Werk abgeben will, das er selbst mitaufgebaut hat. Die politische Logik geht eben andere Wege wie die wirtschaftliche. So scheint es in Wirklichkeit gehen die wirtschaftlichen Erregungen die falschen Wege, und die wirtschaftliche Hand verfehlt, was die politische Hand sich aufbauen beabsichtigt. Und beide Hände gehören doch einem Körper, der wir jetzt uns endlich langsam gewöhnen, Europa zu nennen.

**Engpaß Mineralöl**

Deutschland bewilligte man (pro Kopf) nur 25 % der Mengen Frankreichs und Englands

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft überreicht in diesen Tagen der deutschen Öffentlichkeit eine kleine Schrift von Dr. Hans Theal, die unter dem Titel „Die Mineralölversorgung Deutschlands“ in gedrängter, aber sehr instruktiver Form die Problematik der gegenwärtigen und zukünftigen Versorgung Deutschlands mit Mineralöl behandelt. Der nachstehende Artikel bringt einen kleinen Auszug aus dieser interessanten Schrift.

Das Mineralölkonsumenten in Gesamtdeutschland war in den Kriegsjahren auf mehr als 7 Millionen t jährlich gewachsen, was dementsprechend die Hälfte auf den Ausstoß aus der Hydrierung und Synthese auf Kohlebasis entfiel. Die in den Westzonen gelegenen Synthesewerke und Hydrierwerke waren bei Kriegsende nahezu völlig zerstört und von den auf Rohölbasis arbeitenden Raffinerien nur noch etwa 12 Mill. t Kapazität, d. h. etwa 20% vorhanden.

Die Instandsetzung und Wiedererbetriebnahme war abhängig von der Genehmigung der Alliierten, die jedoch nur erteilt wurde, wenn der Einsatz von inländischem Rohöl vorgeschrieben war, das aber nicht ausreichte, um die Restkapazität zu beschließen. Da das deutsche Rohöl reich an Schwefelverbindungen und arm an Kraftstoffen ist, wurden Kraftstoffe importiert werden. Die Leistung dieser Kraftstoffe geschah zunächst aus Beständen der Besatzungsmächte, später aus den sogenannten OARIOA-Fonds. Eine individuelle Einfuhr war hingegen nicht möglich. Die für den rigorosen gesteuerten Zivilbedarf bestimmten Mengen wurden zentral durch die Militärregierung festgelegt und über die Armee eingeführt. Diese aus Armee-Fonds importierten Mengen wurden dem Zentralbüro für Mineralöl übergeben, einer Verteilungsorganisation, die aus der Kriegszeit übernommen worden war.

Mit wissenschaftlicher Gründlichkeit wurden eingehende Ermittlungen über den zu genehmigenden Verbrauch angestellt, die für jedes Mineralölprodukt für die einzelnen Jahreszeiträume den Verbrauch auf Basis des Jahres 1938 zusätzlich einen gewissen Zuschlag festlegte. Die Führung bei allen diesen Dingen lag bei der britischen Militärregierung, da der britischen Wirtschaftslogik mit ihren planwirtschaftlichen Grundzügen eine solche Regelung be-

sonders nahelag. Darüber hinaus haben die Engländer sich in erster Linie mit diesen Fragen befaßt, weil die deutsche Erdölversorgung und -verarbeitung sich fast ausschließlich in dem britischen Besatzungsgebiet vollzieht. Eine Änderung trat aber bald im Zusammenhang mit den Ansätzen zur Neuordnung des deutschen Außenhandels ein, die in der Konstruktion der JEKA ihren Ausdruck fand. Damit wurde die anfänglich durch die Alliierten aus Militärinteresse und über die Organisation der Armee der Deutschen Wirtschaft zugeführte Rohölversorgung zum Teil durch zivile Importe aus dem deutschen Devisenabkommen abgelöst. Es trat eine gewisse Auflockerung in dieser Hinsicht ein, woglich durch militärische Gesichtspunkte durchgeführte Verschiebung ein und schließlich setzte sich der Gedanke durch, den Bedarf zivilisierter zu decken, d. h. unter Aufwand von weniger Devisen den gleichen Erfolg zu erzielen. Damit trat die Überlegung in den Vordergrund, soweit wie möglich aus Stelle von Fertigwaren Rohöl nach Deutschland zu importieren, um die Verarbeitungspanne nicht in Devisen zahlen zu müssen. Nach langjähriger, insbesondere durch die deutsche Ölverarbeitende Industrie geführten Verhandlungen gelang es, im August 1947 die erste Raffinerie in Harburg mit Rohöl, das in den Ver. Staaten gekauft wurde, zu beschließen und dort Fertigprodukte herzustellen.

Mit der Gründung der ECA wurde der Versuch, zur Erreichung eines europäischen Wirtschaftssystemes zentralisierten Wirtschaftsfunktionen, in dem die Länder Westeuropas sich durch Abbau der Handelszölle und Liberalisierung ihrer Handelspolitik untereinander helfen sollten. Der Zusatzgedanke, soweit er nicht aus eigenen, d. h. westeuropäischen Hilfsmitteln gedeckt werden konnte, sollte in Form der bekannten ECA-Mittel auf-

genommen Jahre für die deutsche Wirtschaft noch eine besondere Note bekommen.

Die Kraftfahrzeugproduktion (Personen- und Lastwagen sowie Omnibusse) der wichtigsten Länder stellte sich in den drei Nachkriegsjahren 1947 bis 1949 im Vergleich zu den beiden Vorkriegsjahren 1936 und 1938 wie folgt:

	1949	1948	1947	1938	1936
Vereinigte Staaten	4.240,4	5.235,4	4.707,2	2.450,2	4.454,1
Großbritannien	629,7	508,1	441,7	442,0	403,2
USA	7	40,0	7	7	124,4
Kanada	280,7	344,1	258,0	188,0	101,2
Frankreich	285,6	199,4	137,2	237,4	202,2
Westdeutschland	181,5	99,2	29,8	221,1*	
Italien	89,1	60,8	43,7	78,7	48,2
Japan	27,6	30,9	11,1	32,6	2,9
Tschechoslowakei	29,8	35,2	14,7	14,5	12,1
Österreich	5,0	7	7	7	5,3

In den Vereinigten Staaten lag damit die Kraftfahrzeugproduktion im Jahre 1949 um 11% über der Produktionszahl von 1948 und um 15% über dem bisherigen Rekordjahr 1938. Für das laufende Jahr lauten die Schätzungen ungefähr auf eine Gesamtproduktion von über 5,5 Millionen Kraftfahrzeuge, doch liegen die Absatzzahlen der ersten beiden Monate des Jahres bereits entgegen allen Erwartungen so hoch, daß eine abermalige Überraschung nicht ausgeschlossen scheint.

Großbritannien hat im Vorjahr in der PKW-Erzeugung den Vorkriegsstand erstmals überschritten nachdem die Fertigung von Nutzfahrzeugen bereits 1948 das Vorkriegsniveau übertrafen hatte. Wenn nicht hinter dem „Klassen-Vorhang“ ein Geheimnis verborgen geblieben ist, hat Großbritannien seinen 2. Platz unter den Kraftfahrzeuge produzierenden Ländern zum behauptet.

An vierter Stelle — der 3. Platz gebührt also entweder der UdSSR oder Großbritannien — folgt Kanada, das seit den Kriegsjahren Frankreich überflügelt hat. Gegenüber 1948 hat die Produktion ebenfalls um 18% zugenommen. Selbst die bisher höchste Produktionszahl während der Kriegsjahre (7.000 Fahrzeuge im Jahre 1941) wurde 1949 noch übertroffen.

Frankreich folgt Kanada in der Gesamtproduktionszahl für 1949 dichtauf. Die vorläufige Jahreserzeugung übertraf erstmals das bisher beste Produktionsjahr (1939), in dem 293.000 Kraftfahrzeuge hergestellt wurden. Sporangisch gestiegen (um 87%) ist die PKW-Erzeugung, während der Lastkraftwagen- und der Omnibusse in vergangenen Jahren nicht den Umfang von 1948 erreicht insgesamt lag die Jahreserzeugung von 1949 um 21% über der des Jahre 1948.

In keinem der übrigen der Kraftfahrzeuge produzierenden Länder erreichte die Mehrproduktion von 1949 gegenüber 1948 den Umfang des Westdeutschland zuzuwachsen hat. Hier stieg die Produktionszahl für PKW um nicht weniger als 240%, die für LKW und Omnibusse um 16%, so daß sich für die Gesamtproduktion eine Zunahme um 175% ergab.

Beachtlich ist auch die Entwicklung der italienischen Kraftfahrzeugindustrie, deren Produktionszahl im vergangenen Jahr erstmals die bisherige Spitzenleistung von 17.600 Kraftfahrzeugen (im Jahre 1937) übertraf. Gegenüber dem

nicht nur eine Sonderstellung ein, wo Vorkriegsindex erreicht hat, so erkennt man, welche Engpässe sich durch die unzureichende Mineralölversorgung für die deutsche Wirtschaft ergeben müssen. Der ungeheure Nachholbedarf Deutschlands findet hierbei überhaupt keine Berücksichtigung. Aber trotz dieser Sachlage wird sogar die Frage aufgeworfen, ob Deutschland Bedarf nicht noch zu hoch angesetzt hat.

**Holländische Gebühren auf deutsche Handelsmarken**

In Krisen deutscher Exporteure und holländischer Importeure begegnet die Erhebung einer Gebühr von 1/4 bis 1 1/2 des Rechnungswertes der eingeführten deutschen Markenartikel starker Kritik. Diese Regelung beruht auf dem Londoner Patentabkommen von 1946, das die Rechte an den in den verschiedenen Ländern geschützten Handelsmarken den ausländischen Regierungen übertragen hat. Die Niederländische Verwaltung für Feinspatente und Feindmarken hat weiterhin die Importeure deutscher Erzeugnisse unterrichtet, daß deutsche Markenartikel nur mit einer ausdrücklichen Genehmigung in den holländischen Handel gebracht werden dürfen. Da die Tendenz besteht, daß diese steuerliche Charakter tragende „Gebühren-Gebühr“ von holländischen Importeuren der deutschen Markenartikel in Rechnung gestellt wird, wurde bei den Besprechungen der gemischten deutsch-holländischen Kommission im Februar auch diese Frage behandelt. Die holländische Delegation brachte jedoch zum Ausdruck, daß sich in dieser Regelung solange nichts ändern lässt, als bis ein Friedensvertrag mit Deutschland auch über das Schicksal der deutschen Patente und Handelsmarken endgültig entscheidet.

1. Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur durch die Aufhebung Deutschlands und die dadurch bedingte Reorganisation der westdeutschen Industrie.
2. Die Zunahme der Bevölkerung in Westdeutschland um 10 Millionen Köpfe gegenüber der Vorkriegszeit.
3. Die Notwendigkeit zur Rationalisierung der Landwirtschaft.
4. Ganz allgemein der erhebliche Nachholbedarf als Folge der Krieg- und Nachkriegswirtschaft.

Wenn man das Mineralöl-Verbrauchsvermögen nach dem Optimal für das Fiskaljahr 1950/51 mit dem unserer europäischen Nachbarn vergleicht, dann zeigt sich, welche Probleme sich speziell für Deutschland aus diesem Plan in der Mineralölversorgung ergeben. Man kommt zu der beunruhigenden Feststellung, daß in Deutschland nur 80 kg Mineralöl pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1950/51 zugelassen sind, gegenüber 93 in Norwegen, 83 in Schweden, 40 in Dänemark, 35 in Großbritannien und 31 kg in Frankreich. Bedenkt man ferner, daß Deutschland jetzt erst 90% des für 1950/51 zugelassenen Bedarfs erlaubt sind, während das allgemeine Industrienniveau bereits wieder 93% v. H. des

**Anspruch auf Tariflohn**

und Pflicht zur Tariflohnzahlung

Nach den Vorschriften des Tarifvertrages des Vorschlags der Bestimmungen eines Tarifvertrages nur zwischen dem bereits bestehenden, unmittelbarer und zentraler, Voraussetzung für den Anspruch auf die tariflichen Löhne, Gehälter und sonstigen Arbeitsentgelte ist, daß sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer Mitglieder der am Abschluß des Tarifvertrages beteiligten Organisationen sind. Die zentralen Organisationen der Arbeitnehmer haben somit keinen Anspruch auf den Tariflohn, wenn der Arbeitgeber nicht dem Arbeitsverband, der Tarifverband ist, angehört. Ist der Arbeitgeber tariflos, so ist er ganz verpflichtet, dem ebenfalls zentralen, organisierten Arbeitnehmer die tariflichen Bestimmungen einzuhalten, nicht jedoch dem zentralen, nicht organisierten und somit nicht tarifbundenen Arbeitnehmer.

In der Praxis ist meist sehr von Bedeutung, ob in einem Betrieb nur ein Teil der Arbeitnehmer nicht zentraler organisiert ist, oder ob sämtliche Beschäftigten nicht der Gewerkschaft angehören. Im ersten Fall werden die tariflichen Löhne in aller Regel auch den zentralen, nicht organisierten Arbeitnehmern / gewährt, während im zweiten Fall, wo überhaupt keine tarifliche Regelung Platz greift, sich die Lohnbildung oft unklarheitstrotzend in diesem Fall anwendet würde, da das dem Grundgedanken des kollektiven Arbeitsethik widerspricht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung würde jedoch Platz greifen, wenn z. B. ein Arbeitgeber, der auch den nicht-organisierten Arbeitnehmern seines Betriebes die Tariflöhne zahlt, einen einzelnen Arbeitnehmer ohne besonderen Anlaß anderer entlohnen würde.

Auch aus dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ dürfte in aller Regel ein Rechtsanspruch der zentralen, nicht organisierten Arbeitnehmer auf den Tariflohn nicht abzuleiten sein. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ hat auf Grund der zentralen Rechtsstellung in erster Linie die Unterbindung einer unterschiedlichen Entlohnung zum Ziel, nicht aber die gleichmäßige Behandlung von Tarifbundenen und Nichttarifbundenen, denn sonst würde in dieser Grundsatz mit dem Tarifvertragszweck in Widerspruch stehen.

Ein unmittelbarer Rechtsanspruch kann für die zentralen, nicht organisierten Arbeitnehmer durch Betriebsvereinbarungen oder Absätze im Einzelarbeitsvertrag herbeigeführt werden. In manchen Betrieben ist zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat oder zwischen Arbeitgeber und dem einzelnen nicht-organisierten Arbeitnehmer vereinbart worden, daß für die Arbeitnehmer der im Betrieb Beschäftigten die Bestimmungen des Tarifvertrages gelten. In diesem Fall besteht ein klarer Anspruch auf den tariflichen Lohn, wenn auf Grund der Betriebsvereinbarungen bzw. auf Grund des Arbeitsvertrages, nicht je-

doch auf Grund des Tarifvertrages. Der Unklarheit des Anspruchs der nicht-organisierten auf den Tariflohn zentraler über dem auf Tariflohn zentraler Anspruch der Organisierten wirkt sich zum Beispiel darin aus, daß der Anspruch der nicht-Organisierten nicht unbedingbar ist, da diese Rechtswirkung nur dem unmittelbar auf dem Tarifvertrag zentralen, nicht-organisierten Arbeitnehmer innewohnt.

Im allgemeinen besteht Unzweifel, ob die Gewährung tariflicher Rechte an nicht-tarifbundenen Arbeitnehmer bewirkt, daß diese Arbeitnehmer damit auch die Pflichten, die den tarifbundenen Arbeitnehmern obliegen, übernehmen. Diese Frage dürfte zu verneinen sein.

Aus den Umständen des einzelnen Falles oder aus einer speziellen Regelung kann sich naturgemäß eine andere Rechtslage ergeben, z. B. wenn durch Betriebsvereinbarungen oder Einzelarbeitsvertrag ausdrücklich bestimmt ist, daß für die nicht-tarifbundenen Arbeitnehmer die Rechte und Pflichten des für den Betrieb geltenden Tarifvertrages Platz greifen.

(Fortsetzung von Seite 1)

**Interview mit Philipp Reemtsma**

der Preisbremse noch hinzusetzen so ist bereits meine vorher benannte Zielgröße.

Im Übrigen ist es nicht notwendig, daß die Finanzbehörden oder die Industrie sich auf Hoffnungen verlassen. Die österreichische Zigarette stand vor 11 Monaten vor dem gleichen Problem. Noch im März 1949 wurden 40% des österreichischen Konsums durch Schmutzware gedeckt. Am 1. April 1949 setzte die Rolle ihre Zigarettenpreise um ein Drittel herunter. Innerhalb von 4 Wochen hörte der Schmutzware vollkommen auf und die Produktion der Rolle stieg um etwa 50% insgesamt erhielt die österreichische Rolle heute höhere Einnahmen als vor der Preisbremse.

Frage: Wie verhält sich der Preis der österreichischen Zigarette zu dem Preis von 8% Pfennig?

Antwort: Die Hauptkonsumgüterklasse Österreichs liegt bei 24 Groschen. Dieser Preis entspricht, verglichen mit der Kaufkraft beider Länder, einem deutschen Preis von 8/9 bis 1 Pfennig.

Frage: Wie beurteilen Sie die Kalkulationsmöglichkeit bei einer 9%-Pfe-nig-Zigarette?

Antwort: Die Kalkulation dieser Preisbremse wird nach voller Auswirkung der Rohstoffverleuerung durch, Währungsabwertung und weiter durch stärkere Veredelung der wesentlich leuzeren Orientzigarette sehr annehmbar sein. Orientzigaretten verlangen zudem wegen ihrer Druckempfindlichkeit eine etwas höhere Veredelungskosten als die inländischen. Eine gewisse Kalkulationsentlastung tritt bei einer Verbrauchssteigerung durch die ankommenden Generalzölle ein. Die Preisbremse von 8% Pfennig ist jedoch vor allem als Orientzigarette in volkwirtschaftlichem Format und besserer Verpackung auf die Dauer nur bei einem gewissen Mitverkauf inländischer Preisbremse herstellbar.

Frage: Wie ist unterrichtet bin, hat bereits heute die Klein- und Mittelindustrie mit erheblichen Absatzrückgängen zu rechnen. Welche Möglichkeiten sehen Sie bei einer Steuerreform für diese Industriezweige?

Antwort: Die Absatzrückgänge werden durch eine allgemeine Geschäftslebung für längere Zeit weitgehend abgemildert werden können. Die Wiederverlebung der Betriebsmittel, die sich in der Veranzahlung bewährt hat, wird der Klein- und Mittelindustrie eine Kalkulationsentlastung verschaffen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß es in dieser Branche verlorene Köpfe gibt, die das Format für größere Aufträge besitzen. Der Industriezweig wird um so eher zu einem konsolidierten Geschäft kommen, je mehr er nach Schaffung der vierjährigen Mittelkreditlinie sich bemüht, ein Spezialgeschäft aufzu-

bauen. Und dies war stets die Stärke erfahrener Mittelfabrikanten.

Frage: Glauben Sie an die Tabaksteuerreform?

Antwort: Genau so, wie es die österreichische Tabaksteuer nicht vermeiden konnte, den Schmutzware durch eine entsprechende Preisbremse auszuweichen. Wird auch der Bundesfinanzminister in dieser Notwendigkeit nicht vorübergehen können, so wird es um so weicher tun können, als die heutige Tabaksteuerreform nicht konsolidiert ist. Zudem stehen alle Tabaksteuerzweige nicht nur untereinander im Wettbewerb, sondern auch in Konkurrenz mit dem immer größer werdenden Gesamtangebot an Konsumgütern. Die Preisdifferenz zwischen einem Lohnindex von knapp 100%, einem Zigarettenindex von knapp 160% und einem Zigarettenpreis von 300%, verhältnis mit 1938 ist zu groß geworden, als daß der derzeitige steuerliche Verbrauch als konsolidiert zu betrachten ist.

Frage: Würde dem Bundesfinanzminister die Entscheidung nicht durch einen einheitlichen Vorschlag der gesamten Tabakindustrie erleichtert werden?

Antwort: Ich halte einen einheitlichen Antrag weder für möglich noch für notwendig. Auch in der Veranzahlung hat jeder Industriezweig seine Anträge selbstständig erarbeitet. Die Tabaksteuer steht und fällt mit dem Aufkommen aus der Zigarettenbesteuerung. Die Interessen von Zigarette und Zigarette überschneiden sich kaum auch nicht die Interessen zwischen Zigarette und schmalen Pfeifenzigarette. Ebenso hat die Zigarette sich von selber damit abgefunden, daß nur die Hälfte des inländischen Tabakkonsums der steuerbestimmte Preisverhältnis niedriger besteuert wurde als der Zigarettenzigarette, sozusagen nicht das Gleichgewicht vollkommen verloren sind. Dieses Gleichgewicht ist heute durch Aufhebung der Besteuerungswesen und durch ein anomales Ausmaß der Höhe der Steuerbelastung zerstört. Die Nachteile dieses hat der Bundesfinanzminister ebenso sehr zu tragen wie die Zigarettenindustrie. Es wird daher seine Anstrengung sein, das frühere Belastungsverhältnis im Interesse der Konsolidierung des Steuerabkommens wieder herzustellen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTS-VERLAG  
Dr. H. H. Reemtsma, Vordammstraße 11  
D-6900 Karlsruhe  
Zentralisches Verlagsamt: Erlangen-Bechtel  
Rechenzentrum Erlangen-Bechtel  
Erlangen-Bechtel  
Vordammstraße 11, D-6900 Karlsruhe  
Telefon Nr. 4 2012 — Fax und Druck  
Bestell-Nr. G. m. h. Karlsruhe



# Wir greifen auf:

## Betriebsräte wehren sich

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir in Nr. 9 uns für die Aufhebung des Kriegszuschlags auf den Ekt eingesetzt haben. Bei dem großen Goldbedarf der öffentlichen Hand wird es schwer sein, diese Aufhebung durchzusetzen, obwohl es wirklich widersinnig ist, heute noch einen Kriegszuschlag zu erheben. Dazu kommt, daß sich die Betriebsräte vor einem nicht unerheblichen Nachfrageschwund scheuen. Wir wollen aber hier nicht alle Argumente wiederholen, die wir bereits in Nr. 9 erwähnt haben.

Was uns heute Veranlassung gibt, auf dieses Thema zurückzukommen, ist die Tatsache, daß die Betriebsräte aller Sekteureien Deutschlands eine Eingabe an das Bundesfinanzministerium gemacht haben, die auf das gleiche Ziel gerichtet ist. Und wir haben diese Tatsache nicht hervor, weil sie eine Bekräftigung unserer Forderung ist, sondern weil Betriebsräte sich für ihre Industrie einsetzen und ihre Aufgabe nicht nur darin sehen, für Löhnerhöhungen und Urlaubverbesserungen der von ihnen vertretenen Arbeiter einzutreten. Es kommt noch hinzu, daß Arbeitervertreter im allgemeinen eher geneigt sind, Steuern und Sonderbelastungen auf Waren gut zu heißen, die nicht zum lebensnotwendigen Bedarf gehören. Man konnte es schon früher einmal hören, daß die Leute, die eine Flasche Sekt trinken wollen, ganz gut auch noch die Steuer darauf bezahlen können, und man könne dann in aus diesen Geldern irgendeine soziale Not lindern.

Von diesen Vorstellungen sind die Betriebsräte der Sekteureien frei. Sie sorgen sich um die Arbeitsplätze ihrer Arbeiter. Sie machen in der Eingabe auf die immer ernster werdende Geschäftslage ihrer Betriebe aufmerksam und behaupten, daß der in naher Zukunft bevorstehende Ruin von Sekteureien die Arbeitslosigkeit von Tausenden in diesem schon nahezu 300 Jahre alten Industriezweig Beschäftigten zur Folge habe. Diese Gefahr könne nur beseitigt werden, wenn die Regierung sich endlich dazu entschließt, den wirtschaftlich nicht mehr tragbaren Kriegszuschlag in Höhe von 3 DM je ganze Flasche aufzuheben.

Wir stimmen weiter mit dieser Eingabe: „Nach den gleichlautenden Berichten der Verkaufsausschüsse aller Sekteureien ist der Verkauf jetzt fast vollkommen ins Stocken geraten. Infolge dieses beklagenswerten Rückgangs sind die Sekteureien gezwungen, zahlreiche Entlassungen vorzunehmen und es drohen in naher Zukunft sogar Stilllegungen ganzer Betriebe. Dadurch werden aber nicht nur die Angehörigen der Sekteureien selbst auf das Schwerste betroffen. Diese Maßnahmen würden sich selbstverständlich auch auf zahlreiche Hilfsberufe — Glas-, Flaschen-, Kork-, Holz-, Draht-, Papier-, Strohhütchen-,Lehranten und auch auf Wisser und Transportfirmen — auf das Empfindlichste aus, so daß in Kürze Tausende von Arbeitkräften der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen und das Steueraufkommen gesunkelt wird.“

Wir haben diesen Argumenten nichts hinzuzufügen. Wir freuen uns über die wirtschaftspolitische Einsicht und für den scharfen Kampf, den die Betriebsräte für die Erhaltung der Fabrikationsstätten ihrer Arbeiter führen. Man wird die Worte nicht der Eingabe dieser Betriebsräte den Hinweis entgegenhalten, daß es sich um Interessen der Arbeiter und nicht um die Interessen der Fabrikanten handelt und daß sie weiter nicht wollen, als viel verdienen und den Staat nicht daran teilnehmen lassen. Das sind in der billigen Einwurfe, die sonst beim Wunsch auf Steuerermäßigung zu hören sind. Hier verfangen sie nicht. Hier wird das Bundesfinanzministerium Farbe bekennen müssen.

## „Außenreklame verschandelt die Landschaft“

Unter dieser oder ähnlichen Überschriften sind in den letzten Wochen in der süddeutschen Presse Ausführungen zu lesen gewesen die aus Kreisen des badischen Naturschutzes stammen und sich scharf gegen jede Außenreklame wenden. „Als ein Vorbild wird das Vorgehen des Landrats in Offenburg betrachtet, der vor einigen Wochen Tafeln und Plakate, die seinen Meinung nach dem Bild der Landschaft schädlich wären, kutschend entfernen ließ und in seinem Vorgehen auch von einer überparteilichen Behörde gedeckt wurde.“ Die Formulierung der Artikel beweist im Übrigen, daß ihre Verfasser von den heutigen erdrückenden Sorgen um die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Arbeitsbeschaffung für das Arbeitslosensonder völlig unberührt geblieben sind. Da wir auf den besten Wege sind, daß diese Übertriebenheit und einseitige Haltung in einem schrittweisen Landgesetz über den Naturschutz ihren endgültigen Niederschlag findet, ist es an der Zeit, daß auch die Wirtschaft, die schließlich die Folgen einer solchen, die sozialen Belange schwer schädigenden und wirtschaftsfeindlichen Denkens zu tragen hat, sich in der Öffentlichkeit zu Wort meldet.

Es ist wohl die Frage am Platze, ob man schon ein solches Mal gehört hat, daß sich die Bevölkerung — Arbeiter, Bauern, Hausfrauen — über die Außenwerbung beschwert hat. Kein vernünftiger Mensch hat dagegen etwas einzuwenden, wenn an Bahnhöfen, Tankstellen, Geschäftshäusern und Ortszentren Werbeschilder angebracht werden. Ein gut ausgeführtes Außenplakat verunstaltet auch keineswegs das Ortsbild unserer großen Städte, sondern bringt höchstens ein wenig Farbe und Leben in das trübselige Bild. Es wird auch niemand glau-

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Französische Zone

Von der Januar-Ausfuhr Wertgegenstände nach Frankreich im Gesamtwert von 6,8 Mill. DM gingen Waren im Wert von 4,9 Mill. DM nach 20 europäischen Ländern, in erster Linie nach Frankreich, in einer größeren Umfang nach der Schweiz, Österreich, Holland, Belgien und Italien. Für 1,29 Mill. DM wurde nach Nord-, Süd- und Mittelamerika exportiert, für 440 000 DM nach Asien, insbesondere nach Persien, für 119 000 DM nach Afrika und 22 000 DM nach Australien.

Eine leicht verbesserte Wirtschaftslage wird in Württemberg-Rohrlanden verzeichnet. Die bisher uneinheitliche Auftrags- und Absatzlage der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie hat eine metallische Wendung zum Besseren erfahren. Auch das Handwerk hofft mit dem Einsetzen der Baulätigkeit auf einen verstärkten Auftragszufluss. Die Uhrenindustrie leidet unter der schweizerischen Konkurrenz, die den deutschen Markt mit billigen Uhren überschwemmt. Die Hartmetalleindustrie ist durch die immer noch be-

stehende Einfuhrsperre der meisten ausländischen Staaten nicht in der Lage, die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse zu steigern. Man nehme an, daß die Demontage-maßnahmen in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik Ludwigshafen-Rhein, bis Ende Juni d. J. abgeschlossen sein werden, teilt die Werksleitung der BASF mit. Von der Demontage seien vor allem Teile der Sulfat- und Methanproduktion betroffen. Die Bemühungen der Werksleitung um eine Aufrechterhaltung der Produktion in ihrem Kern könnten praktisch als gelungen bezeichnet werden. Die Gesellschaft, die immer stark exportorientiert gewesen ist, — vor dem Kriege bis zu 40% ihrer Gesamtproduktion —, hat jetzt wieder einen Exportanteil an ihrer Gesamtproduktion von etwa 25-30% erreicht. Seit 1945 sind, wie die Verwaltung mitteilt, rund 500 Patente neu angemeldet worden. Alkoholfabrik begann auch im Ausland wieder die Abtragung der deutschen Schutzrechte zu steuern.

## Englische Zone

Zur Gründung einer Wirtschaftsvereinigung Erzbergbau — also ohne den Kohlenbergbau —, wurde am vergangenen Wochenende in Essen ein Arbeitsausschuß gebildet, der die Vorbereitungen übernehmen soll. Der neuen Vereinigung gehören fachliche und regionale Organisationen im NE-Metallbergbau, im Eisenbergbau, der Salinen und eine Anzahl bergbaulicher Einzelunternehmen an.

Die „Hüttenwerke Wasserstadt-Saigüterer-GmbH.“ ist in der Hauptverwaltung Dritte als neue Betriebsgesellschaft der Reichswerke mit einem Kapital von 100 000 D-Mark gegründet worden. Die neue Gesellschaft umfaßt die lebensfähigen Betriebe der ehemaligen Hütte Braunschweig. Das sind die den Werken verbleibenden drei Hochöfen der ersten Aufbaustufe, die Kokerel und das Kraftwerk Haldensdorf mit den dazugehörigen Nebenanlagen. Die Gesellschaft wird von drei bisherigen kommissarischen Leitern der Hütte Braunschweig, den Direktoren Ludwig Hübchen, Josef Schickelmann und Adolf Jungbluth, kommissarisch geleitet. Aus den Reichswerken verlässt, daß Schickelmann aus dem neuen Vorstand wieder ausscheiden wird. Gründe hierfür werden nicht genannt.

Eine industrielle Zusammenarbeit zwischen NSU und Volkswagen wurde in Wolfsburg zwischen Generaldirektor Laue und Direktor Guant von der Innocenti-A.G. Mailand, Generaldirektor Niegisch, von den NSU-Werken Neckarstadt und Generaldirektor Nordhoff von Volkswagenwerk beschlossen. Der von Innocenti hergestellte „Lambretta“-Motorroller wird von den NSU-Werken in Deutschland in Lizenz gebaut und vertrieben. Einige Merkmale des Fahrzeuges werden vom Volkswagenwerk geliefert. Gleichzeitig demontiert das Volkswagenwerk Meldungen, wonach ein Zulieferwerk, Zweigbetrieb oder gar Freiwerk für die Volkswagen-Produktion auf dem Reichswerksgelände in Wasserstadt-Saigüterer eingerichtet werden sollte. Entsprechende Verhandlungen mit den Reichswerken oder anderen zuständigen deutschen Stellen haben nicht stattgefunden. Das Volkswagenwerk weist darauf hin, daß es in Wolfsburg über das modernste Freiwerk Europas verfügt, das allen Ansprüchen vollkommen genügt. Die französische Automobilfabrik Renault beschäftigt einen deutschen Zweigbetrieb in Saigüterer aufzubauen.

Der arbeitstäglige Umsatz in der schleswig-holsteinischen Industrie ist nach einer ausserordentlichen Rückgang seit November im Februar erstmalig wieder um 0,5 Millionen DM auf 2,5 Millionen DM gesunken. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ging im Februar um 230 auf 28 200 zurück. Der Umsatz je Arbeiter lag damit im Februar jedoch um 0,5 Millionen DM unter dem Monatsdurchschnitt des zweiten Halbjahres 1949. An der 10%igen Umsatzsteigerung

im Februar sind nach Angaben des statistischen Landesamtes in Kiel fast ausschließlich der Maschinenbau, Schiffbau und die Düngemittelindustrie beteiligt. Die Maschinenbau- und Schiffbauindustrie hat auch im Februar ihre Beschäftigtenzahl erhöht. Der Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Industrie während der letzten Monate entfällt zum größten Teil auf die Nahrungsmittelindustrie.

Die Produktion der hamburgischen Industrie erreichte im Februar 68,7% des Standes von 1939. Nach Angaben der handelsstatistischen Amtes wurden seit der Währungsreform nur im November 1949 mehr Güter produziert. Gegenüber dem Vormonat stieg die Produktion um 2,7%. An den stärksten Anstieg in dieser Zunahme hatte die Gruppe der allgemeinen Produktionsgüter, die 19% mehr erzeugte als im Januar. Die Verbrauchsgüterindustrie steigerte ihre Herstellung um 3,4% und die Investitionsgüterindustrie um 1,4%. Innerhalb der Investitionsgüterindustrie konnte der Schiffbau im Februar seine Arbeitsleistung um 13,7% erhöhen. Mit 107 106 Beschäftigten in der Industrie blieb die Beschäftigungslage gegenüber Januar fast unverändert.

In der Frage der Verzinsung von Ausgleichsleistungen für die Sparkassen erheben und diese ebenfalls für sich beantragen. Der Finanzausschuß des Bundesrates dürfte jedoch wie in Bonn verläuft, an seiner einstimmigen Linie, lediglich die Ausgleichsleistungen der Sparkassen in der Verzinsung von 3 auf 4% zu erhöhen, festhalten.

Am Textilexport-Geschäft auf der Mustermesse in Hannover waren am ersten Messetag (29. 3.) vor allem Nordrhein-Westfalen und Hessen beteiligt, die mit Schweden, Holland und Ungarn zu größeren Abschlüssen kamen. Glas, Porzellan und Keramik kauften Schweden, Holland, Griechenland, Persien, Belgien, Frankreich und die USA. Der Export in diesen Zweigen machte rd. 90% des Gesamtgeschäftes aus. Hirscheder kaufte Schweden und Österreich, während Italien Eisenblech und Metallwaren aufnahm. An den Auslandsdeklaren von Schwach, Gold- und Silberwaren sowie Uhren, Musikinstrumenten, Spielwaren, Sport- und Turngeräten waren vor allem die europäischen Länder beteiligt. Von den Geschäften der ausländischen Aussteller werden noch ein umfangreicher Abschluß über Wein sowie verschiedene Geschäfte Großbritanniens, Frankreichs und Italiens in Textilien bekannt. Im

seem. Dadurch werden die Meinungen bei verschiedenen Ministerien als schwerer Irrtum gekennzeichnet, es sei fälschlich zu behaupten, daß durch werbefeldische Maßnahmen, die Ausfuhr großer Aufträge in Frage gestellt sei. In den letzten Monaten sind der Offenburger Plakateindustrie auf Grund des werbefeldischen Verhaltens der Bezirksbehörden nachweislich Aufträge im Wert von mehr als einer Million DM entgangen.

Man erlebt also heute das unerfreuliche Schauspiel, daß sich einerseits alle aufbauenden Kräfte unabhängig bemühen, Arbeitsplätze zu erhalten und neu zu beschaffen, um das Arbeitslosensonder zu verkleinern während andererseits die Behörden durch entgegenstehende Auslegung von Vorschriften diese Bestrebungen stören und in nachschonender Maße heute noch Beschäftigte dadurch um ihre Arbeitsplätze bringen.

Wir hoffen, daß diese Ausführungen dazu beitragen, diesen Schlichtungsstreit gegen die heimische Wirtschaft abzuwehren.

Inlandgeschäft, bei dem auch Textilien und Bekleidung an der Spitze lagen, erzielten Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Bayern sowie Württemberg-Baden, die meisten Abschlüsse. Die Aussteller von Glas, Porzellan und Keramik buchten die zweitgrößten Abschlüsse im Rahmen des Gesamtinlandgeschäftes. Der Auslandsbereich, der am ersten Messetag mit über 2000 Interessenten das Ergebnis der ganzen vorjährigen Mustermesse beinahe übertraf, hielt auch am Vormittag des zweiten Messetages an. Das Gesamtbild, hat sich gegenüber dem Mittwoch nicht verändert. Das lebhafteste Interesse war wiederum bei dem Ausstellen von Textilien und Bekleidung sowie Glas, Porzellan und Keramik festzustellen. Bei Porzellan steht weiterhin das Exportgeschäft im Vordergrund. Hauptabschlüsse wurden Gebrauchsgüter und Luxusporzellan verkauft. Die USA kauften u. a. Aktfiguren aus Porzellan, die bisher in den Vereinigten Staaten nur schwer abzusetzen waren. Zu einem größeren Abschluß konnte eine Firma für Spieluhren mit dem Ausland kommen.

Zwischen Vertretern der belgischen und der holländischen Diamantindustrie einerseits und deutschen Diamant-Verarbeitendebetrieben andererseits, einer Brüsseler Meldung zufolge, neudringende Verhandlungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit an den internationalen Diamantmärkten schweben. Von deutscher Seite wird die Aufhebung des von dem Diamond Trading Co., London, über die deutsche Diamantindustrie verhängten Boykotts, durch den die Verzinsung der deutschen Industrie mit Rohdiamanten erschwert werden, verlangt. Von belgischer und holländischer Seite wird den deutschen Diamantverarbeitendebetrieben vorgeschrieben, daß sie die Weltmarktpreise dauernd unterbieten. Es ist vorläufig noch nicht abzusehen, wie die einander widerstrebenden Interessen ausgeglichen werden können.

Die über Bernberg angestrebte Fortsetzung des Rhein-, Main-, Donau-Kanals bis Nürnberg ist heute nicht mehr in erster Linie eine

Frage des durchgehenden Verkehrs zur Donau, sondern eine Frage des Anschlusses von Nordbayern an das rheinisch-westfälische Industriegebiet, erklärte der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Main- und Donau-Schiffahrtinteressen, Oberbürgermeister Dr. Ziehl-Nürnberg, auf dem Duisburger Ziehl-Nürnberg, auf dem Duisburger Initiative und Mithilfe des Vereins sei der bisher erreichte Erfolg nicht möglich gewesen. Neben der grundsätzlichen Aufgabe der Wahrung der Schiffahrtinteressen setzt sich der Verein zum Ziel, die öffentliche Meinung für das Problem der Rhein-, Main-, Donau-Großschiffahrtstraße zu interessieren. Nachdem der Schwerpunkt des Vereins in den vergangenen Jahrzehnten naturgemäß in Bayern gelegen habe, sei nach dem vorletzten Monat in Frankfurt/Main geschaffenen zweiten Schwerpunkt nunmehr ein dritter Schwerpunkt für das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Duisburg errichtet worden. Deutschland bilde die Schlüsselstellung in einem gesamt-europäischen Wasserstraßennetz, ohne daß die Verbindung weder zur Donau noch nach dem Oden See befahren werden könne. So sei das von dem Verein geforderte Kanalprojekt als wesentlicher Anknüpfungspunkt der Duisburger Hafenbau 1950 wohnen zahlreiche Vertreter der Bundesregierung, der interessierten Landesregierungen sowie eine große Zahl von Gästen aus den Niederlanden, Belgien, Österreich, Großbritannien, Frankreich und der Schweiz bei.

Der Großhandelsbund der Bundesrepublik Städte hat sich in einer an die Bundesregierung gerichteten Entschließung gegen die „einseitige Bevorzugung“ ländlicher und handwerklicher Genossenschaftsunternehmen. Er verweist sich darin gegen die steuerliche Begünstigung der Genossenschaften gegenüber dem Großhandel und protestiert dagegen, daß die Betriebe jetzt hinsichtlich der Höhe der Handelsspanne und Betriebskosten durch die Finanzämter scharf überprüft werden sollen. Solche Maßnahmen seien ein unberechtigter Eingriff in die freie Wirtschaft und stellen eine „Bewundung des erbarmlichen Kaufmanns“ dar.

## Amerikanische Zone

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/Main hat im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung in diesem Tazem Darlehenszusagen in Höhe von insgesamt 190 Mill. DM für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau erteilt. Die Gelder sind entsprechend dem von Bundesminister für Wohnungsbau festgelegten Länderverhältnis den Bundesländern, öffentlichen Realcreditinstituten, Sparkassen und private Hypothekendarlehen zugewandt worden. Diese Institute sind verpflichtet, hierfür vorstellbare Hypothekendarlehen für Vorhaben des sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, deren Gesamtfinanzierung durch staatliche Beihilfen aus öffentlichen Mitteln durch Eigenkapital bzw. Selbsthilfeleistungen der Bauherren oder durch Mitwirkung der Hausbesitzer gewährleistet ist. Die Hauskäufer müssen sich also wegen der Erhaltung von Hypotheken für ihre Bauvorhaben an die Realcreditinstitute wenden. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellten Beträge sollen aus künftigen ECA-Freigaben refinanziert werden. Soweit die Abzahlung der Darlehen schon vorweg erforderlich ist, v. a. die Kreditinstitute über die BfL vorfinanzieren. Unschön für diese ist für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau ein Verzicht auf Kreditdarlehen für Wiederaufbau von 100 Mill. DM für das Sonderprogramm des Flächensanierung in Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen zur Verfügung gestellt.

Der Kreditbedarf der bayerischen Handwerker beläuft sich auf 107 Mill. DM, der jedoch kaum in den Haushalten einfließen werden könnte, erklärte ein Vertreter der bayerischen Wirtschaftsfunktionäre der Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages beauftragte die Regierung in Kürze dem Landtag ein Gesetzentwurf vorzulegen, der dem Handwerk in Bayern die erforderlichen Kredite bzw. Staatsbürgschaft sichern könne, die hauptsächlich dem Bauhandwerk und der Bäckerhandwerksproduktion zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat den Sparkassen und den Genossenschaftsbanken aus ihrem Anleihenschein eine dritte Rate in Höhe von 12 Mill. DM zur Auszahlung an das Handwerk und an Kleinvererbliche Betriebe der drei Westzonen zur Verfügung gestellt. Damit belaufen sich die von dem Institut diesem Wirtschaftszweige erteilten Kreditdarlehens insgesamt auf 45 Mill. DM. Die für die beiden ersten Raten zehnten Bedingungen sind auch für die dritte Rate maßgebend. Die Höhe der einzelnen Kredite 30 000 DM, Endanzahl 70% (bei einem Auszahlungssatz von 87%). Die Kredite dürfen nur für Investitionsvorhaben in Anspruch genommen werden, wobei Betriebe von Flächensanierung und Heimarbeitbetrieben ausgenommen. Berücksichtigung finden sollen. Da diese Aktien im Örtlichen als Ertragszinsen zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung zuzählt ist wird besonders Gewicht darauf gelegt, die Finanzierungsbedürfnisse der arbeitsethischen Betriebe bayerns zu befriedigen. Da mit den bisher von der Wie-

derbank für Handwerk und Kleinvererbliche bereitgestellten Mitteln sowie mit der im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bevorstehenden Aktion zusammen kleinerweiblicher Flächensanierung naturgemäß nur ein kleiner Teil des Finanzbedarfs dieses Wirtschaftszweiges bedeckt werden kann, erachtet es dringend erforderlich, für diesen Zweck noch andere Kanalquellen zu erschließen.

Zu der Zeit wird über die Gewährung eines „Auftragsvorkaufs“, runderfonds in Höhe von 200 000 DM für die aus Gebieten auszuweisen und um Kaufverträge anstelle Industrie und die Einrichtung von Auslandsvertretungen in Amerika und Südafrika beraten. Wie Ministerialrat Juch von bayerischen Finanzministerium bekannt, sind der Gebauer Industrie bisher 3,5 Mill. DM Kredite gewährt worden.

Für die Vertriebenen wird nunmehr ein besonderes Kreditinstitut geschaffen werden, nachdem sich das Bundeskabinett dafür ausgesprochen hat. Das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen wird beschließen die Gründung der Vertriebenenbank betreiben. Diese wird ein neues Refinanzierungsinstitut werden, d. h. sie wird die Kredite nicht direkt an die letzten Kreditnehmer vergeben, sondern sich hierzu der vorhandenen Bankensysteme bedienen. Am Anfang der Geschäftstätigkeit der Vertriebenenbank wird die Weiterleitung von Märshallplankrediten für Vertriebenen stehen. Sie wird ferner den an-

deren Bankinstituten ebenfalls in einzelnen Fällen eine Garantie für Kredite gewähren die aus liquiden Mitteln der regionalen Institute zuweilen und den fühlbaren Mangel an Betriebsmittelkrediten für die Vertriebenenwirtschaft mildern werden.

Von den 48 Mill. DM freigesetzten Geldern werden 10 Mill. für das Land Württemberg eingeplant. Erhalten die öffentlichen Versorgungsbetriebe 22 Mill. DM, wie der Chef der Wirtschafts-Abteilung beim US-Land Commissioner, Georg Erieh, bekanntgab. Dem Wohnungsbau stehen 74 Mill. DM zur Verfügung. Die Grundindustrien — Chemie — Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Maschinenbau und Metall — werden 20 Mill. DM erhalten. Für die Textil-, Bekleidungs-, Lederwaren-, Holzwaren-, Papier- und keramische Industrie stehen 20 Mill. DM zur Verfügung. Bei den Banken Württemberg-Baden wurden 1,5 Mill. DM für Kredite an Landwirte und Gutsbesitzer demontiert.

In Bubenreuth bei Erlangen sollen in nächster Zeit alle Schönbacher Geigenbauer — früher Sudetenland —, die zur Zeit in Minderzahl, Kaufverträge und anderen Orten Bayerns leben, zu einer großen Gemeinde vereinigt werden. Dies gab Regierungs-Direktor Dr. Ahnelt vom bayerischen Innenministerium am 29. März im Flüchtlingsamt bekannt. In der neuen Gemeinde, die 2000 bis 2500 Einwohner haben wird, soll auch eine Geigenbau-Fachschule zur Ausbildung der Nachwuchs erichtet werden. Bisher bestehen in Bubenreuth zwei größere Geigenbauern, die auch schon am Export beteiligt sind. Hierzu nahm der Ausschuss nach Schluß der Debatte einstimmig einen GRU-Antrag an, in dem die Staatsregierung ersucht wird, daß die in der Land verteilt lebenden Schönbacher Geigenbauer möglichst rasch im Landkreis Erlangen zusammengeführt werden. Weiter sollen dort ausgedehnte Lehraufstellungen, Geigenbauern bevorzugt Flüchtlinge-Produktiv-Kredite gewährt werden. Diese Kredite dürfen ausnahmsweise zur Errichtung freierweiblicher Betriebsräume verwendet werden.

Bei Borgwald, Bremen, wurden im März 1950 1007 Fahrzeuge gebaut. Davon entfielen 570 (56%) auf den PKW „Hansa 1900“ und die übrigen auf die bekannten Lastwagentypen. Die Gesamtproduktion im ersten Quartal 1950 betrug 3310 Fahrzeuge. Daran war der PKW „Hansa 1300“ mit 1500 Fahrzeugen beteiligt und der 14-Tonner sowie der 14-Tonner. Diesem mit insgesamt 1110 Fahrzeugen.

Die Verkaufsabteilung der staatlichen Erzeugnissegesellschaft (STEG) denantierte Pressemitteilungen, denen zufolge sie die Abwehr habe, als Großhändler und Importeur für solche Waren aufzutreten, die nicht aus deutschen oder alliierten Herstellern stammen. Einige Material müsse allerdings aufgearbeitet bzw. kompliziert werden, damit es überhaupt verkauft werden kann. In diesem Falle habe sich die STEG mit Lieferanten in Verbindung gesetzt, um Aufträge zu vergeben. Diese Tätigkeit liegt innerhalb der der Gesellschaft vorgeschriebenen Aufgabenbereich.

Mit 505 Mill. DM wird der Umsatz der Edeka-Genossenschaft im Bundesgebiet für 1949 von der Zentralorganisation in Frankfurt/Main angegeben. Dem Verband, der unter der Leitung des am 1. April 40 Jahre für das Unternehmen tätigen Verbandsdirektors Dr. P. König steht, gehören gegenwärtig 220 Edeka-Genossenschaften mit 23 000 selbständigen Filialen sowie allein die Edeka-Zentrale im ersten Jahr um über 35 Mill. DM die „Edeka-Import“ und über 1 Milliarde DM die Edeka-Bank.

Die einzige Privatbank der Kreistadt Lauterbach (Hessen), die seit Jahrzehnten bestehende Bankhaus Hochstedter & Co., hat mit dem 31. März die Zahlungen eingestellt. Es wird mit einer Konkursquote von 10% gerechnet.

## Metalgesellschaft

In der HV der Metallgesellschaft AG, Frankfurt/M., wurde der Reichsfinanzminister für die Bundeshaushaltsjahr vom 1. Oktober 1947 bis zum 30. Juni 1948 genehmigt. Er schließt mit einem Gewinn von 1,7 Mill. Reichsmark ab, der den „freien“ Reserven zugeführt wird. Die turnusmäßig aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herren, Rudolf Eder und Dr. August Oswald, wurden wiedergewählt. Dem Aufsichtsrat neu zugewählt wurde Dr. Albrecht Ehinzer, Mitglied der Bankhaus Künzler & Co. Basel. Dem Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlassung erteilt. Die DM-Eröffnungsbilanz soll nach einer Erklärung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Dr. Richard Mertens, der HV im Bestimmer dieses Jahres zusammen mit dem ersten Jahresabschluß der 29. September 1949 vorzulegen werden. Die Relation der Kapitalmarktanteile, die dieser HV vorzuschlagen werden wird, steht noch nicht fest. Wie die Bewertung einer Anzahl der Bilanzposten sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite noch nicht alle Gesichtspunkte schließend beurteilt werden können. Wie die Bilanz sich heute darstellen, so führte Dr. Mertens aus, wird unter Vorbehalt voraussichtlich eine Umstellung in Betracht kommen, die nicht schlechter als 10:7 und nicht besser als 10:8 sein wird. Mit Rücksicht auf die sich im Hinblick auf die Interessen der Aktionäre anzustrebende Stabilität sei bei allem Optimismus, mit dem die Metallgesellschaft die zukünftige Entwicklung ansieht, eine vorsichtige Bewertung am Platze. — Das am 30. September 1949 zu Ende gezogene



# Guter Start der USA im neuen Jahr

### Hohe Gewinne — Hohe Neuinvestitionen

Ein kurzer Überblick über die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten läßt erkennen, daß sich die Geschäftslage weiterhin auf hoher Ebene hält und der Trend in den ersten zwei Monaten des Jahres 1950 eine leichte Aufwärtsentwicklung zeigt. Die Stahlindustrie hat sich von dem beängstigenden Rückgang im Januar erholend und arbeitet bereits bis zu 90% der normalen Kapazität. Im Bergbau werden die Anzeichen dafür vorliegen, daß in diesem Jahre ein neuer Höchststand an neu installierten Wohnungen erreicht wird. Im Februar wurde mit dem Bau von 80.000 Wohnungen begonnen. Dies sind genau so viele wie im Januar, jedoch 90% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. In amerikanischen Regierungskreisen vertritt man die Ansicht, daß die im letzten November für 1950 geschätzte Zahl von 900.000 Wohnungsbauarbeiten auf dem nichtlandwirtschaftlichen Sektor voraussichtlich weit überschritten wird. Damit dürfte der 1949 erreichte Rekord von 1.025.000 neu besetzten Wohnräumen voraussichtlich überschritten werden.

In der Automobilindustrie, verbunden lediglich der Streit in den Chrysler-Werken, daß die Produktionszahlen des Vorjahres überbieten werden. Die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen ist sogar im März, einem erfordernsgemäß „schwachen“ Monat, so stark, daß die Automobilhersteller in der Lage sind, eine entsprechende Zahl von Wagen als Reserve für das zu erwartende Frühjahrsgeschäft auf Lager zu nehmen.

**Stabile Finanzlage der Betriebe**  
Die festen und in vielen Fällen abnehmenden Bilanzkennwerte beruhen auf dem Anstieg mehrerer Beobachter auf den glänzenden Vierteljahresbilanzen für das erste Quartal 1950, die in fast allen Fällen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres höhere Gewinne aufwiesen. So hat z. B. der General Motors-Konzern für 1949 einen Gewinn von 204 Mill. Dollar erzielt. Dies sind 40% mehr als 1949. Fast gleichzeitig berichtet Du Pont, daß der Umsatz im Vorjahr die 1-Milliarden-Dollargrenze überstieg, während der Ge-

win mit 313 Mill. Dollar angegeben wird.  
Die finanzielle Position der amerikanischen Gesellschaften dürfte nach den neuesten Zusammenstellungen die günstigste sein, in der sie sich jemals befinden haben. Trotz der Tatsache, daß in vier Nachkriegsjahren insgesamt 90 Mrd. Dollar investiert wurden, reichte sich die Summe der Investitionen um 11 Mrd. Dollar. Gleichwohl wurden 31 Mrd. Dollar in Überweisungen für Abschreibungen überführt. Die Aktivität und Regierungskreisen belaufen sich auf 40 Mrd. Dollar. Für das Verhältnis zwischen Umsatzerlösen und Investitionsausgaben (Kapitalumschlag) ergibt sich eine Indexzahl von 2,19. Diese Zahl darf nicht unter Berücksichtigung der Tatsache, daß für weitaus zureichende Zyklen entsprechende Vergleichswerte nicht vorliegen, wohl als die günstigste in der Geschichte der amerikanischen Wirtschaft betrachtet werden.

**Steigendes Personalkommen**  
Auch das Personalkommen hat sich im Januar — auf Jahresbasis umgerechnet — gegenüber den Dezemberzahlen um eine Milliarde Dollar erhöht und einen seit 12 Monaten unerreichten Stand von 21,3 Milliarden Dollar aufgewiesen. Diese Steigerung findet ihren Niederschlag in den lebhaften Umsätzen der Einzelhandels, die wertmäßig um 1% über dem Stand vor einem Jahr lagen und die Nachkriegshochstände von August 1948 nahezu erreichten. Der Monatsgewinn dagegen übertraf seinen Rekordstand.  
Nach vorläufigen Berichten aus der amerikanischen Wirtschaft ist auch weiterhin mit zunehmenden Aufträgen für Fertigungsbetriebe sowie mit erhöhter Nachfrage nach Abschreibungen und weiter steigender Produktion zu rechnen.

**Agarüberschüsse, die drücken**  
In den Vereinigten Staaten erwartet man, daß der Außenhandelsüberschiff der USA sich von 1,4 Mrd. Dollar in 1949 auf etwa 2 Mrd. Dollar im Jahre 1950 senken werde. Das bedeutet, eine annähernd gleichbleibende wirtschaftliche Beteiligung in den Vereinigten Staaten und der übrigen Welt, vorausgesetzt, daß 2 Mrd. Dollar Kaufkraft den übrigen Ländern mehr zur Verfügung stehen würden. Eine in diesem Zusammenhang erwähnte Tatsache, die um so größere Gewichte hat, als im Jahre 1950 die Marshallpläne bis Ende geht. Die Erweiterungen im nordamerikanischen Kongress um den Haushaltsplan der Marshallplanverwaltung für das Jahr 1950 sind im vollen Gange, und auch in Europa erwartet man nicht ganz ohne Sorgen den Ausgang dieser Beratungen. Man befürchtet wesentliche Kürzungen und als Folge davon noch größere Schwierigkeiten für die europäischen Bemühungen, einen Ausgleich der Dollarbilanz herbeizuführen. Man sollte diese Dinge nicht im Lichte der wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Gebotenheiten auf beiden Seiten prüfen. Gewiß, die Entscheidung im nordamerikanischen Kongress mag, zumal in einem Wahljahr, wie es 1950 ist, überwiegend mit Rücksicht auf die Stimmen des Wählers, des Steuerzahlers, fallen. Das heißt, es würden die politischen Belange bei den Erwägungen für die Ausstattung der ECA mit finanziellen Mitteln für das Jahr 1950 die Hauptrolle spielen. Trotzdem kann es sich beim nordamerikanischen Kongressvorschlag, bei allem Geschehen, das um diesen Haushaltsplan veranlaßt wird, leisten, ganz gegen die Interessen der Wirtschaft zu entscheiden. Es ist in diesem Zusammenhang bereits oft betont worden, daß die Marshallplanhilfe und das nordamerikanische Stützungsprogramm für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eng miteinander verbunden sind. Was wollen die Vereinigten Staaten mit ihrem riesigen Überschuss von Getreide und Baumwolle, um nur die beiden wichtigsten Posten zu nennen, tun, wenn sie nicht auf den Weg über Zahlungen der ECA absteigen können? Das Problem des nordamerikanischen Agrarüberschusses, das sich, wenn die Zahlungspläne der Vereinigten Staaten noch in die Betrachtung einbezogen wird, noch mehr verschärft, erfordert, auch von amerikanischer Seite aus gesehen, eine Lösung, und zwar ist es für die Vereinigten Staaten genau so ein Anliegen erster Ordnung wie für Europa.

**Frankreich rehabilitiert den Franc**  
Ein Ereignis, das auf den ersten Blick von geringerer Bedeutung zu haben scheint, hat aber beweist, wie eine zielstrebige und oftmals verkettete Finanz- und Währungs politik trotz des wenig befriedigenden Standes der Weltwirtschaft, doch zum Ziele führt, verdient aus der Sicht der Weltöffentlichkeit, in denen amerikanischen Kapitalbesitzer werden kann. Dabei spielt die amerikanische Kapitalbindung über das schweizerische Vermögen der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Man versteht in den Vereinigten Staaten nur schwer die von europäischer Seite erhobenen Einwendungen. Sie liegen den amerikanischen Gedankenkreisen fern und sind dem Amerikaner fremd und unverständlich. Insbesondere ist es Großbritannien, das, wie man in den USA meint, durch Bedenken und Einwände aller Art die Verwirklichung der europäischen Clearings-Union verzögert. Man hat für das britische Verhalten in der nordamerikanischen

**Europa wirbt in USA**  
Europäische Exportfirmen veranstalten in den Vereinigten Staaten eine immer intensivere Werbekampagne, durch die dem amerikanischen Verbraucher die Vielfalt von Erzeugnissen gezeigt werden soll, die er zu annehmbaren Preisen aus Europa beziehen kann.  
So findet zum Beispiel in der Zeit vom 15. bis 23. April in New York die „Englische Automobil- und Motorradshow“ statt, die von 45 englischen Firmen der Automobilbranche, darunter 19 Herstellern von Kraftwagen, bestanden wird. Intradwertet mit einer Kunstgewerbeschau auf, die von der „Waco-Helmindustrie“ veranstaltet wird, und Japan tritt sogar mit einer 3000 verschiedene Erzeugnisse umfassenden Schau hervor, die später auch in andere amerikanische Städte reisen soll.  
Deutschland ist an diesem Wettbewerb mit einer Ausstellung von Markenporzellan in Denver, der ersten seit 13 Jahren, beteiligt, auf der Meißner und Rosenthal-Porzellan sowie handgeschaffene Gläser und Kristallwaren aus Bayern gezeigt werden sollen. Die „Holland-Show“ wird am 5. Mai für die Dauer eines Monats in Philadelphia eröffnet werden. Es ist vorgesehen, diese Ausstellung auf der niederländischen Erzeugnisse ausgestellt und verkauft werden, später in allen Teilen der Vereinigten

**Frankreich rehabilitiert den Franc**  
Ein Ereignis, das auf den ersten Blick von geringerer Bedeutung zu haben scheint, hat aber beweist, wie eine zielstrebige und oftmals verkettete Finanz- und Währungs politik trotz des wenig befriedigenden Standes der Weltwirtschaft, doch zum Ziele führt, verdient aus der Sicht der Weltöffentlichkeit, in denen amerikanischen Kapitalbesitzer werden kann. Dabei spielt die amerikanische Kapitalbindung über das schweizerische Vermögen der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Man versteht in den Vereinigten Staaten nur schwer die von europäischer Seite erhobenen Einwendungen. Sie liegen den amerikanischen Gedankenkreisen fern und sind dem Amerikaner fremd und unverständlich. Insbesondere ist es Großbritannien, das, wie man in den USA meint, durch Bedenken und Einwände aller Art die Verwirklichung der europäischen Clearings-Union verzögert. Man hat für das britische Verhalten in der nordamerikanischen

### Auslands-Investitionsprogramme für 1950 wesentlich erweitert

Das Kapital, das amerikanische Firmen in diesem Jahr für neue Fabrikanlagen und Maschinenanlagen in Europa vorgesehen haben, wird nach einem Bericht der amerikanischen Wirtschaftsgesellschaft „Business Week“ die Investitionen des vergangenen Jahres um mehrere Millionen Dollar übersteigen.  
Durch die Abwertungen der europäischen Währungen im vergangenen Jahr ist bei vielen Unternehmen die Entscheidung hinausgeschoben worden, Zweigwerke in Übersee zu errichten, so daß die amerikanischen Investitionen in Europa gegenüber 1949 stark zurückgegangen sind. Das laufende Jahr dürfte jedoch in diesem Hinsicht mit der Durchführung großer industrieller Expansionsprogramme in Übersee eine Wende herbeiführen.

Als Beispiel führt „Business Week“ den Fall der Werkzeugmaschinenfabrik „National Acme Company“ aus Cleveland, Ohio, an. Der Präsident dieser Gesellschaft reist jetzt nach Europa, um die Möglichkeit für die Erweiterung der bestehenden und die Errichtung neuer Zweigwerke in den europäischen Ländern zu prüfen, durch die die Exportrücklage der Firma ausgereicht werden soll. Die englische Tochtergesellschaft der ACME die BSA in Birmingham, kann die großen Werkzeugmaschinen nicht herstellen, die in dem amerikanischen Hauptwerk produziert werden. Trotz großer Bedenken an Maschinen dieser Art sind zahlreiche europäische Firmen wegen der Dollarknappheit nicht in der Lage, Bestellungen in den Vereinigten Staaten aufzugeben. Die ACME beabsichtigt daher, diejenigen Maschinen, die nicht in der Produktion des Zweigwerkes in Birmingham aufgenommen werden können, auf dem europäischen Kontinent herstellen zu lassen. In die engere Wahl für den Standort des neuen Werkes sollen Westdeutschland, Belgien und die Schweiz gezogen werden sein.

Viele amerikanische Unternehmen, die schon lange im Ausland vertreten sind, wollen ihre Zweigwerke erweitern. Die „International Harvester Company“ zum Beispiel will sich in Frankreich niederlassen. Sie hat eine Fabrik in St. Didier gekauft, die zur Zeit auf die Herstellung von mittleren Traktoren für die Landwirtschaft umgestellt wird. Die Produktion des Werkes soll auf dem französischen Markt, nach Nordafrika und vielleicht auch nach Norditalien gehen. Dagegen hat sich die „Joy Manufacturing Company“ für Schottland entschieden. Anders liegt der Fall bei der „Goodyear Tire and Rubber Company“, die bereits ein bedeutendes europäisches Zweigwerk in Luxemburg errichtet hat — eine Beifabrik mit einem Anlagekapital von 5 Millionen Dollar. Die Wahl fiel auf Limoges, wegen seiner engen wirtschaftlichen Bindung an Belgien. Auch die General Tire and Rubber Co., Akron, Ohio, plant den Bau eines Zweigwerkes für 1 Millionen Dollar in Israel.

Zwei der größten amerikanischen Automobilproduzenten, die „General Motors“ und Ford, führen zur Zeit ausgedehnte Modernisierungsprogramme in England durch. Die „Vauxhall Motor Ltd.“, eine englische Tochtergesellschaft der General Motors, hat mit einem Vorhaben begonnen, das Aufwendungen in Höhe von 20 Millionen Dollar für die Erweiterung des Werkes und die Anschaffung neuer Maschinen vorsieht. Das englische Zweigwerk der Ford Company will 11 Millionen Dollar für die Modernisierung des Maschinenparks aufwenden. Zu diesem Zweck wird das Werk 45 Millionen Dollar aus ECA-Mitteln erhalten, um in den Vereinigten Staaten Werkzeugmaschinen und andere Anlagen zu kaufen. Die Ford Company beabsichtigt außerdem ihr schweizerisches Zweigwerk zu erweitern.

### US-Zinn behauptet sich

Die während des Krieges in den USA erzielte staatliche Zinnhöflichkeit in Texas City, die unter dem Namen Longhorn-Zinnhöflichkeit allgemein bekannt geworden ist, erwies 1949 24.000 t Zinn gegen 36.000 t im Jahre 1948. (1 t = 1016 kg). Obwohl die USA über keine Zinnerzvorkommen von Belang verfügen — 1949 wurden in Texas City nur 91 t Konzentrate mit einem Zinngehalt von 50 t verarbeitet — hat sich die Höflichkeit trotz der Notwendigkeiten des Krieges in die Nachkriegszeit hinein behaupten können. Bisher war Bolivien der Hauptlieferant für Zinnkonzentrate für die amerikanische Höflichkeit. Wie jetzt berichtet wird, ist die Qualität der bolivianischen Konzentrate ständig zurückgegangen. In der zweiten Hälfte 1949 erhielten sie nur noch 32,1% Zinn gegen einen Durchschnittsgehalt von 42,8% in den Jahren 1941-42. Der bolivianische Liefervertrag ist am 31. Dezember abgelaufen und der neue Vertrag sieht eine Erhöhung der Aufschlagspreise für die Verarbeitung geringwertiger Erze vor. Auch der Liefervertrag mit den indonesischen Gruben ist abgelaufen. Neue Verhandlungen für 1950 haben bereits begonnen. Die Lieferungen unter dem chinesischen Kontrakt haben im zweiten Halbjahre 1949 enttäuscht. Es konnten nur 200 t chinesische Konzentrate herangezogen werden. Man rechnet damit, daß diese Quelle versiegen wird, obwohl die Refco bereit ist, mit den chinesischen Mägen neue Kontrakte abzuschließen.

Während des Krieges war die amerikanische Höflichkeit in der Hauptsache auf die bolivianischen Lieferungen angewiesen, und die Gruben in Bolivien haben seitdem in Erkenntnis der amerikanischen Abhängigkeit die Produktionskosten ohne Bedenken angehoben. Seit Kriegsende bemühen sich die USA um den Bezug wachsender Mengen von Konzentraten aus anderen Gebieten, um sich aus der Abhängigkeit von den bolivianischen Erzen zu befreien. 1949 boterte Bolivien nur 34% der amerikanischen Konzentratlieferungen, in den ersten elf Monaten 1949 teilweise mit dem starken Kaufinteresse für französische Francs durch Belgien, die in diesem Jahre ihre Ferien in Frankreich verbringen wollen, teilweise mit der Entschleunigung des französischen Finanzministeriums, über die wir zu Anfang dieser Ausführungen berichtet haben. Es mag sein, daß hierin die technische Gründe für die weitere Haltung des Franc-Kurses zu suchen sind. Aber unabhängig von ihnen dürfte die Verbesserung der französischen Handelsbilanz die anhaltende Schwäche des Goldpreises am Pariser freien Goldmarkt — eine Folge der Auflösung von Hortungsbeständen — und eine Hausse in französischen Renten an der Pariser Effektenbörse eine erhebliche Rolle gespielt haben. In Frankreich weiß man außerdem darauf hin, daß nach den letzten Lohnverhandlungen, die offenbar ohne ein Einverständnis der Arbeitgeber überstanden werden konnten, die Zeit der sozialen Unruhe vorbei sein dürfte, und daß jetzt der Weg für eine erhebliche Erleichterung der französischen Wirtschaft frei sei.

### Rückgang der US-Weißbleicherzeugung

Nach Angaben des American Iron and Steel Institute hat die amerikanische Weißbleicherzeugung 1949 gegen das Vorjahr einen Rückgang um etwa 0,5% erfahren. Sie belief sich auf insgesamt 3.693.823 t gegen 3.952.260 t im Jahre 1948. Auf elektrolitischen Wege, d. h. bei einer beträchtlichen Zinnzusatzung, wurden 1.900.480 t gegen nur 1.899.355 t gegen 2.167.012 t im Jahre 1948. Das moderne elektrolitische Verfahren besteht sich in den USA immer mehr aus. Waren im Jahre 1948 erst 43% der Gesamtproduktion, die nach diesem Verfahren gewonnen wurden, so betrug der Anteil 1949 bereits 50%.

### Japanisches Mangandioxyd für Deutschland

Eine Probeendung von 30 t japanisches Mangandioxyd ist nach Westdeutschland unterwegs und soll in der Produktion von Trockenbatterien erprobt werden. Falls die Ergebnisse befriedigend sind, hofft Japan monatlich 300 bis 400 t nach Deutschland zu exportieren.

### Pakistan kauft indische Waren im Fernen Osten

Pakistan zeigt seit einiger Zeit in Singapur und Hongkong zunehmendes Interesse an indischen Waren. Im Februar sind von Firmen aus Karachi und Chittagong 2500 Ballen indisches Garn und über 4300 Ballen bearbeiteter Baumwollstoffe, sowie verschiedene indische Haushaltsgegenstände in Hongkong gekauft worden. In Singapur kaufte Pakistan im Februar 2000 Ballen indische indische Ballen Textilien, fernere Kleider aus indischem Stoff, indische Seife, Badeschokolade, Öl und andere Waren aus Indien. Pakistan beabsichtigt bei Käufen indischer Waren in Hongkong und Singapur Preise, die 25 bis 35% über denen der normalen indischen Exportpreise liegen. Verschiedene Lieferanten in Singapur sind von Käufern aus Pakistan gebeten worden, bei weiteren Lieferungen für Pakistan die indischen Warenzusätze an indischen Artikeln zu beibehalten und sie dafür zu versuchen, Noorderings in Geschäften in Singapur bekannt zu machen, daß Pakistan auch Kohle aus Indien nachgefragt hat.

## Belgiens Eisenmarkt noch unsicher

### Bessere Auftragslage — Optimismus und Entlassung Schlechter Stand der Preise — Noch keine Verbände

Brüssel, Die Zahl der unter Preis stehenden Hochöfen ist um eine Einheit zurückgegangen; auf dem Hüttenwerk der Gesellschaft „Union Gustave Heil“ in La Louvière wurde ein Ofen gebläht. Der Gesamtbestand der in Belgien vorhandenen Hochöfen beträgt 21. Davon waren Ende März 24 in Betrieb, während 29 in Reserve gehalten werden. Für den Monat März wird die Rohstahlerzeugung auf 310.000 Tonnen veranschlagt.

Die zur Zeit bei den belgischen Hüttenwerken eingehenden Aufträge beziehen sich in der Hauptsache auf Ministerien und auf das klassische Standardprogramm Stahleisen. Die Lieferzeiten für die beiden Erzeugnisse liegen in den meisten Fällen sechs Wochen. Der Preis für Ministerien beträgt 2000 sfr. und für Stahleisen 2700 sfr. die Tonne bei Antwerpen.

Seit Anfang März konnten relativ hohe Bestellungen in Großbritannien hergestellt werden, was eine Konsolidierung der Position in Produzenten gestattet und eine letzte Festigung des Großbritannienpreises bis zu 2100 sfr. die Tonne bei Antwerpen herbeiführte. Feinbleche schienen sich auf der bisherigen Grundlage von 2250 sfr. die Tonne zu behaupten. Die Lieferzeiten für diese Erzeugnisse sind, da auch die deutschen Produzenten sich um Aufträge in diesem Produkt bemühen, gesunken. Der französische Wettbewerb hat, seitdem in Frankreich die Preise für Stab- und Ministerien heraufgesetzt werden mußten, etwas nachgelassen.

Die kürzlich in Brüssel mit den schwedischen Abnehmern gehaltenen Besprechungen betreffen die im zweiten Trimester nach Schweden zu liefernden Stahlmengen. Es ist zu erwarten, daß belgische Lieferanten Partner, die schwedische Delegation erklärte nicht mehr als 40 bis 45.000 Tonnen abzugeben zu können, was wesentlich unter den vorhergehenden Lieferungen liegt. Auch die zu verrechnenden Preise würden einer Prüfung unterzogen; auf den bisher praktizierten Notierungen für Stabstahl, Ministerien und Großbritannien wurde eine Senkung von 50 bis 100 sfr. je Tonne für Antwerpen angedeutet, dagegen blieb die Notiz für Feinbleche auf den bisherigen Grundlage beibehalten. Was die bevorstehenden Verhandlungen mit den übrigen skandinavischen Ländern (Finnland, Norwegen und Dänemark) angeht, so werden, wie aus zuständigen Kreisen verläßt, mit diesen Ländern wegen der schwierigen finanziellen Lage große Aufträge für das zweite Quartal nicht erwartet. Aber die Stimmung am Eisenmarkt ist, was Polen anbetrifft, wieder zuversichtlicher geworden, da auf Grund der Handelsabkommens für die nächste Zeit aus diesem Revier laufend Aufträge in den verschiedenen Eisen- und Stahlzweigen, diesen erwartet werden. Andererseits erhielt aber dieser Optimismus wiederum seitens Großbritannien einen schweren Dämpfer. Die traditionellen Lieferungen von Halbzeug aus dem belgisch-holländischen Wirtschaftskreis wurden gekürzt. Die belgischen Weiterverarbeiter, Walzwerke verfügen über große Bestände und die aus dem Inland kommende Versorgung erträgt zusätzliche Klüfte. Die belgischen Ver-

braucher sind infolgedessen dazu übergegangen, die von Feinstahl zu liefernden Mengen einzuschränken und sich einzuweisen nur noch für Knäpfe und Platten zu interessieren.  
Die Erz- und Nagerwerke kämpfen im Laufe des Berichtsemtes große Aufträge in Drahtstählen, Stahldraht und Drahtblechen heranzubringen. Der Umfang der Aufträge ist, was Tonnage angeht, der bisher erreichte höchste Stand nach dem Krieg.  
Daß infolge des schlechten Standes der Preise und die sich täglich verschärfende Konkurrenz auf den Weltmärkten die Produzenten auf eine Senkung der Gesamtzahlungen für Ausfuhrer setzen, liegt auf der Hand. Die hierfür wichtigen Elemente sind die Preise für Kohlen und Koks für welche die Erzeuger bisher vergeblich bei den Zechen eine Senkung der Preise verlangten. Andererseits haben sich die Preise für Skrotstahl wieder gehoben, so daß sich aus dieser Seite ein Entgegenkommen nicht zu erwarten ist.  
Die nun die Lage der Exportindustrie nicht gerade als glänzend angesehen werden kann, ist schon seit Wochen der Fall auf das Gebiet der internationalen Abreden und Verhandlungen gerichtet. An jeder Ebene sind in Charleroi oder Brüssel werden diese Probleme besprochen, ohne aber zu einem Ergebnis zu führen. Von belgischer Seite wird von vornherein eine gewisse Flexibilität mitgeteilt, daß wohl verschiedene Pläne, die vor dem Krieg ihre Probe bestanden haben (IECO und die davon abgeleiteten) in Koalition wieder in Erwägung gezogen und teilweise auch schon bearbeitet wurden, doch sind die Ansichten über die verschiedenen Fabrikationsprobleme in den verschiedenen Ländern und sogar zwischen den Produzenten eines und desselben Landes so verschiedenartig, daß es bis zu einer Verständigung noch gute Weile haben wird. Jede Hoffnung auf allerdings noch nicht verloren, weil immer wieder versucht wird, in einer Lösung zu kommen — aber wann?

Aus diesem Grunde sind die von Zeit zu Zeit in der Auslandpresse erscheinenden Mitteilungen über bevorstehende internationale Verständigungen in dem einen oder dem anderen Produkt mit Vorbehalt aufzunehmen, da sie den Tatsachen entsprechen. Aus Paris meldete z. B. kürzlich die Presse-Agentur folgende: „In zuständigen Kreisen der französischen Stahlindustrie wird kategorisch demontiert, daß Frankreich an einer Vermittlung teilgenommen habe, die kürzlich von Vertretern der deutschen, belgischen, luxemburgischen und französischen Stahlindustrie abgehalten und in deren Verlauf die Bildung eines internationalen Stahlkartells erörtert worden sein soll.“

### Erhöhung des belgischen Zink- und Senkung des Kupferpreises

Brüssel, In Anpassung an die Entwicklung des Zinkpreises an der New Yorker Metallbörse ist mit Wirkung vom 18. März der Zinkpreis in Belgien für die Marke GOB auf 1125 sfr. für 100 kg senkt bis 1100 sfr. bezugsfertig worden. Andererseits wurde die Notiz für Elektrolytkupfer von 2165 sfr. auf 2140 sfr. für 100 kg gesenkt. Die Preise verstehen sich ab Werk, ausschließlich Umsatzsteuern.

## Frankreich rehabilitiert den Franc

Ein Ereignis, das auf den ersten Blick von geringerer Bedeutung zu haben scheint, hat aber beweist, wie eine zielstrebige und oftmals verkettete Finanz- und Währungs politik trotz des wenig befriedigenden Standes der Weltwirtschaft, doch zum Ziele führt, verdient aus der Sicht der Weltöffentlichkeit, in denen amerikanischen Kapitalbesitzer werden kann. Dabei spielt die amerikanische Kapitalbindung über das schweizerische Vermögen der Vereinigten Staaten eine große Rolle. Man versteht in den Vereinigten Staaten nur schwer die von europäischer Seite erhobenen Einwendungen. Sie liegen den amerikanischen Gedankenkreisen fern und sind dem Amerikaner fremd und unverständlich. Insbesondere ist es Großbritannien, das, wie man in den USA meint, durch Bedenken und Einwände aller Art die Verwirklichung der europäischen Clearings-Union verzögert. Man hat für das britische Verhalten in der nordamerikanischen

### Gemäßigter Antikartellkurs in Frankreich

Das in diesen Tagen in französischen Ministerialrat durchgeführte Antitrustgesetz weicht erheblich von dem bekannt gewordenen bisherigen deutschen Kartellgesetz ab. Während dieses von einem Verbot von Kartellbindungen ausgingen und stark restriktiven Charakter hatte, gibt das französische Gesetz dem Staat allein das Recht, im Bedarfsfall unerlaubte Zusammenkünfte zu unterbinden und gewährt denjenigen, die sich durch Wettbewerbsbeschränkungen geschädigt fühlen, die Möglichkeit, dies dem Wirtschaftsrichter anzuzeigen. Dabei wird auf eine Legaldefinition des Begriffes der Wettbewerbsbeschränkungen verzichtet. Marktbeherrschung werden hier somit nicht nur grundsätzlich für nicht annehmbar, sondern organisatorische Zusammenkünfte, die der Förderung des allgemeinen Wohlbefindens dienen, wie etwa solche zum Zweck der Rationalisierung, der Produktionssteigerung oder der Verbesserung der Qualität, werden sogar als notwendig angesehen. Die 14 Paragraphen des französischen Antitrustgesetzes werden als eine Abgabe an jede Art von „Dirigisme“ bewertet, die auf der Linie einer deutschen Industrieklasse, viel beachteten Rede des französischen Ministers, François-Poncet liegt, die dieser Ende Januar in Kassel hielt und in der er erklärte, daß das Wort Kartell verschiedene Wirklichkeiten deckt, von denen die einen zu verurteilen die anderen aber völlig gesund und sogar wünschenswert seien.





